

II.

JUSTIZMINISTERIUM Die Ministerialdirektorin

Justizministerium Baden-Württemberg • Postfach 103461 • 70029 Stuttgart

An den Vorsitzenden des IT-Planungsrats Herrn Ministerialdirektor Zinell Innenministerium Baden-Württemberg

Nachrichtlich:

Geschäftsstelle des IT-Planungsrats Bundesministerium des Innern, Berlin Datum 18. August 2011
Name Herr Ehrmann
Durchwahl 0711 279-2142
Aktenzeichen 1511/0035

(Bitte bei Antwort angeben)
P:\Abteilungen\Abteilung I\luK-Referat\200...Diktate\Ehrmann\2011\IT-PL Umsetzungscluster
SAFE S an IT-PL zur Vorbereitung.docx

S.A.F.E. - Secure Access to Federated eJustice/E-Government

Nationale E-Government-Strategie (NEGS); Umsetzungscluster und Mittelreservierung sowie Berichtsvorschlag zur Herbstsitzung des IT-PL

Sehr geehrter Herr Kollege Zinell,

ich möchte mich auf diesem Wege zunächst für die Übermittlung der Unterlagen zur geplanten Umsetzung der nationalen E-Government Strategie bedanken. Die Justiz verfolgt die Planungen mit großem Interesse. Als Vertreterin des Vorsitzlandes der "Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz (BLK)" möchte ich aus diesem Anlass auf die Bedeutung der Fortentwicklung des Projektes S.A.F.E. ("Secure Acces for federated eJustice / eGovernment") für die Justiz, aber auch die allgemeine Verwaltung und die Wirtschaft, besonders hinweisen.

S.A.F.E. hat bisher den Status eines Koordinierungsprojektes des Planungsrates und befindet sich zwischenzeitlich erfolgreich im Echteinsatz: Seit dem 20. Juni 2011 erfüllt S.A.F.E. seine Funktion als Registrierungsdienst in den

Massenverfahren des elektronischen Handelsregisters und des automatisierten Mahnverfahrens sowie im Rahmen der Behördenkommunikation der öffentlichen Verwaltung in mehreren Bundesländern. Die Bund-Länder-Kommission hat auf ihrer zurückliegenden Sitzung im Mai 2011 bekräftigt, künftig in allen elektronischen Kommunikationsbeziehungen S.A.F.E. einzusetzen; die Nutzung durch andere öffentliche Verwaltungen ist kostenfrei möglich. Auch verschiedene Industrie- und Handelskammern sowie die Bundesrechtsanwaltskammer werden künftig ihre Registrierung in S.A.F.E. vornehmen.

Den von Ihnen übermittelten Unterlagen habe ich entnommen, dass der IT-Planungsrat seine Arbeit noch stärker auf fachübergreifende und fachunabhängige Maßnahmen fokussieren will. Ich denke, dass S.A.F.E. mit seinen offenen Standards als elektronisches Identifizierungssystem hier eine wichtige Rolle spielen kann. Gerade die derzeit laufende Erweiterung des (generischen und dynamischen) Rollen- und Rechtekonzepts auf weitere fachliche Anwendungen in Justiz und Verwaltung eröffnet ein breites Anwendungsspektrum. Insbesondere war S.A.F.E. von Beginn an kein isoliertes Vorhaben der Justiz, sondern wurde in enger Abstimmung mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und dem Bundesinnenministerium konzipiert.

Ich bin der Auffassung, dass sich mit der Einführung des neuen Personalausweises und dessen Anbindung an S.A.F.E. wichtige und nutzbringende
Anwendungsgebiete erschließen lassen. Für alle Anwender, die über den
neuen Personalausweis verfügen, werden dann automatisch die elektronische Identitäten und die damit verbundenen Rechte und Rollen verfügbar.
Ich rege daher an, im Cluster II des Umsetzungsplanes für die nationale EGovernment Strategie ("eID-Strategie") die echtbetriebstaugliche Umsetzung
der Kopplung mit dem neuen Personalausweis für die S.A.F.E. Version 1.5.
vorzusehen und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern. Kon-

- 3 -

zeptionelle Vorüberlegungen bestehen im Kreis der Bund-Länder-Kommission bereits und können zur Verfügung gestellt werden. Die Justiz wird diese Entwicklung auch weiterhin begleiten, um die erforderliche Kontinuität sicherzustellen.

Ich wäre darüber hinaus dankbar, wenn in der nächsten Sitzung des Planungsrates ein Bericht zu S.A.F.E., dem aktuell erreichten Entwicklungsstand sowie den weiteren Planungen, vorgesehen werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Limperg Ministerialdirektorin